

Beschlußempfehlung

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 8/4513 —

Dritter Bericht des Auswärtigen Amtes über den Stand der Reform des Auswärtigen Dienstes

Der Bundestag wolle beschließen,

1. die Unterrichtung durch die Bundesregierung

Dritter Bericht des Auswärtigen Amtes über den Stand der Reform des Auswärtigen Dienstes — Drucksache 8/4513 —

zur Kenntnis zu nehmen;

2. folgendem Entschließungsantrag zuzustimmen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die bisherige Verwirklichung der Empfehlungen der Kommission für die Reform des Auswärtigen Dienstes durch die Bundesregierung, wie sie dem Dritten Bericht des Auswärtigen Amtes über den Stand der Reform des Auswärtigen Dienstes zu entnehmen ist.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die noch nicht oder noch nicht voll verwirklichten Vorschläge der Reformkommission weiter zu verfolgen, soweit es die Haushaltslage zuläßt, insbesondere

- den Aufbau der Personalreserve, deren Vergrößerung für die Effizienz des Auswärtigen Dienstes und die Erreichung der Vorstellungen der Reformkommission von entscheidender Bedeutung ist;
- den Ausbau des mittleren Dienstes, der für die Umstrukturierung im Auswärtigen Dienst und damit für einen rationelleren Personaleinsatz durch Aufgabenverlagerung vom höheren auf den gehobenen und vom gehobenen auf den mittleren Dienst wichtig ist.

Der Deutsche Bundestag lenkt erneut die Aufmerksamkeit der Bundesregierung auf die Probleme, die sich daraus ergeben, daß eine Anzahl von Beamten im Hinblick auf die besonderen fachlichen und persönlichen, insbesondere gesundheitlichen Anforderungen des Auswärtigen Dienstes zeitweilig nicht verwendet werden kann.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den Vorschlag der Reformkommission zur Lösung dieser Probleme weiterzuverfolgen und im Rahmen des gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 1. Juni 1979 — Drucksache 8/2934 — vorzulegenden Gutachtens auch zu der Frage Stellung zu nehmen, ob den Schwierigkeiten auf andere Weise als durch Einführung einer dienstrechtlichen Sonderregelung begegnet werden könnte.

Der Deutsche Bundestag ersucht die Bundesregierung insbesondere zu prüfen, ob der verstärkte Ausbau und eine Erweiterung der Zweckbestimmung der Personalreserve zur Lösung der personalwirtschaftlichen Probleme des Auswärtigen Dienstes beitragen könnten.

Das Gutachten soll vor Zuleitung des nächsten Zwischenberichts vorgelegt werden.

Der Deutsche Bundestag ersucht die Bundesregierung, über den Stand der Reform des Auswärtigen Dienstes und über die Verwirklichung der noch offenen Fragen nach Ablauf von zwei Jahren erneut zu berichten.

Bonn, den 24. Juni 1981

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Barzel	Picard
Vorsitzender	Berichterstatler